Stand: 15.12.2025 18:26:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9722

"Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) - Unverhältnismäßige Belastungen der Landwirte verhindern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9722 vom 27.01.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 28.01.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10322 des LA vom 03.02.2016
4. Beschluss des Plenums 17/10380 vom 08.03.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 67 vom 08.03.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.01.2016 **Drucksache 17/9722**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Anton Kreitmair, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) – Unverhältnismäßige Belastungen der Landwirte verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- das erst in 2015 eingeführte sog. Frühwarnsystem bei Cross Compliance zu keinen unverhältnismäßigen Sanktionen im Falle von Wiederholungsverstößen führt, wie dies derzeit zum Beispiel bei verspäteten Bestandsveränderungen an die zuständige Behörde mittels HIT-Datenbank vollzogen wird,
- die nationale Umsetzung der jüngsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere die beschlossene Höhe der EU-Direktzahlungen und die Umschichtung von der ersten Säule in die 2. Säule i.H.v. 4,5 Prozent mindestens bis 2020 unverändert beibehalten werden,
- es im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu keiner Ausweitung der ökologischen Vorrangflächen über die festgeschriebenen 5 Prozent hinaus kommt,
- es zu spürbaren Vereinfachungen und zu praxisgerechten Lösungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere hinsichtlich des „aktiven Landwirts“, beim Greening, z.B. der Harmonisierung der Puffer- und Randstreifen sowie des Dauergrünlandstatus kommt, und
- dass die EU-Direktzahlungen auch in der nächsten Programmplanungsperiode nach 2020 weiterhin zur Stabilisierung der Landwirtschaft sowie zum Ausgleich der erhöhten Produktionsauflagen gegenüber dem Weltmarkt erhalten bleiben und dabei die besonderen Leistungen der bäuerlichen Familienbetriebe noch stärker gewürdigt werden. Ein aus den Direktzahlungen und damit zu Lasten der Landwirte finanzierter eigenständiger Umweltfonds, wie vom Bundesumweltministerium und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen gefordert, ist entschieden abzulehnen.

Begründung:

Den Landwirten wird mit der neuen GAP-Reform, den ständigen Verschärfungen der Kontrollvorgaben aufgrund Beanstandungen durch EU-Kommission und Europäischen Rechnungshof und angesichts der schwierigen Marktlage derzeit viel abverlangt. Sie sind daher auf Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen und stabile EU-Direktzahlungen angewiesen.

Überzogene, praxisferne Regelungen der GAP, wie die Bedingungen zum Dauergrünland, zum aktiven Landwirt, die Genehmigungsverpflichtung für die vorzeitige Ernte von Leguminosen oder die unterschiedliche Breite von Puffer- und Randstreifen sind so schnell wie möglich zu korrigieren.

Das im Jahr 2015 von der EU-Kommission im Rahmen von Cross Compliance eingeführte sog. Frühwarnsystem ersetzt die bis dahin angewandte Bagatellregelung. In der Folge werden wiederholte geringfügige Verstöße gegen dieselbe Verpflichtung künftig deutlich stärker sanktioniert als bei der früheren Bagatellregelung, z.B. bei verspäteten Meldungen der Bestandsveränderungen an die zuständige Behörde mittels HIT-Datenbank. Diese Rechtsauslegung der EU-Kommission widerspricht sowohl dem vom Rat und dem Europäischen Parlament geäußerten Willen nach Vereinfachung und Aufrechterhaltung bisheriger Regelungen als auch der Vereinfachungsinitiative von Agrarkommissar Phil Hogan.

Die Landwirte, denen angesichts der schwierigen Marktlage und der komplizierten GAP-Reform ohnehin viel abverlangt wird, erwarten, dass die angekündigten Vereinfachungsinitiativen ernsthaft umgesetzt werden und nicht durch die „Hintertüre“ zu neuen Belastungen führen. Durch entschiedenen politischen Einsatz an obersten Stellen der EU-Kommission muss die o.g. Verschärfung zurückgenommen werden.

Bis zur Einführung des Frühwarnsystems konnten in Bayern v.a. geringfügige Verstöße gegen die 7-tägige Meldefrist bei der Registrierung und Kennzeichnung von Rindern als Bagatellverstöße auch bei wiederholtem Verstoß gewertet werden. Durch die aktuelle Interpretation des Frühwarnsystems durch die EU-Kommission kann es dagegen bei wiederholten Meldeverstößen im Extremfall zu einer Eskalation der Sanktionen kumuliert über mehrere Jahre auf bis zu 20 Prozent (vorsätzlicher Verstoß) kommen. In besonderen Fällen können die Sanktionen noch höher ausfallen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die EU-Direktzahlungen sind angesichts der im Vergleich zu den Wettbewerbern auf dem Weltmarkt deutlich höheren Standards in der EU und der durch die aktuelle GAP-Reform eingeleitete „Angrünung“ auch in der nächsten EU-Finanzierungsperiode ab 2020 zur Stabilisierung der Betriebe unerlässlich. Die mit der Umverteilungsprämie eingeleitete Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe ist zur Stärkung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Landwirtschaft weiter auszubauen. Die besonderen Leistungen der bäuerlichen Familienbetriebe für die Gesellschaft sollen dadurch besser honoriert werden.

Die Umweltanforderungen an die GAP sind mit dem Greening mehr als erfüllt. So haben die bayerischen Landwirte in 2015 auf über 235.000 Hektar ökologische Vorrangflächen bereitgestellt. Ein eigenständiger Umweltfonds zu Lasten der Finanzmittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik ist daher mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes will ich ausdrücken, dass ich die Debatte zu diesem Dringlichkeitsantrag als sehr angenehm empfinde. Ich will nicht so weit gehen, zu sagen, dass das an den Bildungspolitikern liegt und dass das vielleicht bei den vorherigen Debatten, wo andere aus anderen Bereichen tätig waren, schwieriger war. Ich könnte mir aber schon vorstellen, dass man auch in anderen Feldern der Flüchtlingspolitik einen vernünftigeren Ton finden und eine vernünftigere Debatte führen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das wollte ich vorwegschicken. Insofern will ich bei diesem Ton bleiben und kündige an, dass die FREIEN WÄHLER diesen Berichtsantrag, den wir für sehr vernünftig halten, unterstützen, und erkenne an – das haben wir auch im Bildungsausschuss getan -, dass auf dem Feld der Bildungspolitik einiges getan wurde. Vielleicht kann man sogar noch mehr tun; aber Bayern hat einiges getan. Ich sehe es genauso, dass es wenig Sinn hat, immer nur Vergleiche zu anderen Bundesländern oder sogar zu anderen Staaten herauszustreichen.

Abschließend will ich deutlich machen: Ich glaube, wir sind uns alle einig – das hatten wir auch vorher beim SPD-Dringlichkeitsantrag -, dass Bildung der entscheidende Schlüssel für Integration ist. Wenn wir in Bildung investieren – ich glaube, auch das ist unbestritten -, müssen wir viel weniger Geld in Sicherheit investieren; denn diejenigen Flüchtlinge, die gut gebildet sind und daher gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, lassen sich leichter integrieren. Es wird dann zu weniger Straftaten kommen. Das gilt übrigens gleichermaßen für Deutsche, Migranten und Flüchtlinge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte man deutlich machen. Deshalb sollte man möglichst viel Geld und Anstrengungen in Bildung investieren. Das nutzt dem gesamten Staat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Piazolo. – Die letzte Wortmeldung kommt von Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich der Aussage anschließen, dass der Ton in unseren Bildungsdebatten, glaube ich, generell einfach gut ist. Das ist der Sache angemessen. Wir investieren in die Integration, wir investieren in die Bildung. Das ist heute mehrfach gesagt worden. Da sind die 160 Millionen Euro, die das Hohe Haus im Dezember beschlossen hat. Wir haben ein Gesamtkonzept für schulische Angebote für Flüchtlingskinder. Ich habe es hier bereits öfter vorgestellt. Darum werde ich das jetzt nicht noch einmal tun. Zu diesem Gesamtkonzept gehört, dass wir bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche eingerichtet haben. Wir haben auch in den Rückkehrzentren in Bamberg und Manching schnell und unbürokratisch Bildungsangebote geschaffen.

Was die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Rückkehrzentren betrifft, befinden wir uns natürlich noch in einem Prozess, auch deshalb, weil in Berlin ständig neue Entscheidungen getroffen werden. Das liegt also nicht nur an der bayerischen Politik. Wir werden deswegen selbstverständlich prüfen, ob wir die Bildungsangebote in der Erstaufnahme und in den Rückführungszentren pädagogisch weiterentwickeln und anpassen müssen. Da schauen wir regelmäßig, ob das passt oder ob wir das intensivieren müssen. Beim Thema Schulpflicht sind wir gerade dabei zu prüfen, ob die gesetzlichen Regelungen, die zurzeit gelten, aufgrund der aktuellen Entwicklungen angepasst werden müssen. Deswegen berichten wir gerne über unsere Überlegungen zu diesem Thema und regen eine Zustimmung zu diesem Antrag an.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. – Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9717 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9718 bis 17/9724 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Guttenberger und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingskrise - Verfassungsklage als letztes Mittel einsetzen", Drucksache 17/9734, bekannt: Mit Ja haben 86 gestimmt. Mit Nein haben 50 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 03.02.2016 **Drucksache** 17/**10322**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)
Drs. 17/**9722**

Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) - Unverhältnismäßige Belastungen der Landwirte verhindern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Anton Kreitmair**
Mitberichterstatter: **Horst Arnold**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 37. Sitzung am 3. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   Zustimmung empfohlen.

Angelika Schorer
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.03.2016 **Drucksache** 17/**10380**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Anton Kreitmair, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/**9722**, 17/**10322**

Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) – Unverhältnismäßige Belastungen der Landwirte verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

– das erst in 2015 eingeführte sog. Frühwarnsystem bei Cross Compliance zu keinen unverhältnismäßigen Sanktionen im Falle von Wiederholungsverstößen führt, wie dies derzeit zum Beispiel bei verspäteten Bestandsveränderungen an die zuständige Behörde mittels HIT-Datenbank vollzogen wird,
– die nationale Umsetzung der jüngsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere die beschlossene Höhe der EU-Direktzahlungen und die Umschichtung von der ersten Säule in die 2. Säule i.H.v. 4,5 Prozent mindestens bis 2020 unverändert beibehalten werden,
– es im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu keiner Ausweitung der ökologischen Vorrangflächen über die festgeschriebenen 5 Prozent hinaus kommt,
– es zu spürbaren Vereinfachungen und zu praxisgerechten Lösungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere hinsichtlich des „aktiven Landwirts“, beim Greening, z.B. der Harmonisierung der Puffer- und Randstreifen sowie des Dauergrünlandstatus, kommt und
– dass die EU-Direktzahlungen auch in der nächsten Programmplanungsperiode nach 2020 weiterhin zur Stabilisierung der Landwirtschaft sowie zum Ausgleich der erhöhten Produktionsauflagen gegenüber dem Weltmarkt erhalten bleiben und dabei die besonderen Leistungen der bäuerlichen Familienbetriebe noch stärker gewürdigt werden. Ein aus den Direktzahlungen und damit zu Lasten der Landwirte finanzierter eigenständiger Umweltfonds, wie vom Bundesumweltministerium und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen gefordert, ist entschieden abzulehnen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über zwei Europaangelegenheiten sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und die Europäische Zentralbank:
   Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion
   COM (2015) 600 final
   BR-Drs. 502/15
   Drs. 17/9535, 17/10337 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
   Den Binnenmarkt weiter ausbauen − mehr Chancen für die Menschen und die Unternehmen
   COM (2015) 550 final
   BR-Drs. 509/15
   Drs. 17/9697, 17/10331 (E)[X]

   Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
   Votum des endberatenden Ausschusses für
   Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Harald Güller, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Für eine positive Entwicklung des Allgäu-Airports Memmingen
Drs. 17/6082, 17/9977 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Bundesverkehrswegeplan 2015 - 2030
Drs. 17/8056, 17/10300 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
17. Raumordnungsbericht der Staatsregierung
Drs. 17/8758, 17/10301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute Bildungspolitik braucht gute Statistiken
Drs. 17/8763, 17/10199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beratungsangebot für mobile ausländische Beschäftigte ausbauen – Bundesratsinitiative Niedersachsens unterstützen
Drs. 17/8764, 17/10032 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll u.a. SPD
Ganztagsklassen ermöglichen!
Drs. 17/8992, 17/10198 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Forschungsbedarf im Fall des Münchner Kunstsammlers Cornelius Gurlitt
Drs. 17/9111, 17/10121 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Berücksichtigung einer Bahnsteigquerung bei den Plänen zum Umbau des Hauptbahnhofs München
Drs. 17/9190, 17/10302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Norbert Dünkel u.a. CSU
Spracherwerb und Werteerziehung als Schlüssel für Bildung und Erziehung
Drs. 17/9212, 17/10221 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Einführung eines Halb-Stunden-Takts auf der ICE-Neubaustrecke Nürnberg − Erfurt − Leipzig − Berlin und Anschlusssicherung in Nürnberg für IC-/ICE-Züge aus Augsburg, Regensburg/Passau und aus Stuttgart/Aalen/Ansbach in Richtung Erfurt/Leipzig/Berlin und Hamburg
Drs. 17/9218, 17/10303 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verschlechterte Sicherheitslage in Afghanistan bei Abschiebungen und Verfahrensprüfungen berücksichtigen
Drs. 17/9229, 17/10263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

14. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Gutachten zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms endlich vorlegen
Drs. 17/9357, 17/10304 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Verbot von Phenoxyethanol in Kinderprodukten
Drs. 17/9360, 17/10261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reaktivierung der Bahnstrecke Weidenberg – Warmensteinach
Drs. 17/9367, 17/10305 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Landesverordnung zu den Pflegestärkungsgesetzen
Drs. 17/9369, 17/10254 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Nein zu einem europäischen Einlagensicherungssystem!
Drs. 17/9376, 17/10335 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Regelmäßiger Bericht zur Bekämpfung von "Crystal Meth" in Bayern
Drs. 17/9384, 17/10049 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Volles gemeinschaftliches Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner
Drs. 17/9385, 17/10265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
2. Gleis Plattling − Landshut endlich bauen –
SPNV Passau − Flughafen München konkurrenzfähig machen
Drs. 17/9387, 17/10306 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Barrierefrei studieren
1. Stärkung der Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung
Drs. 17/9388, 17/10122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Kliniken der Deutschen Rentenversicherung in Bayreuth und Bischofsgrün erhalten
Drs. 17/9524, 17/10255 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Suchtprävention bei Jugendlichen − Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen (2. Durchgang)
Drs. 17/9527, 17/10256 (A)

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Barrierefrei studieren
3. Beratungsstellen initiieren
Drs. 17/9530, 17/10285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Orthoptistengesetz modernisieren
Drs. 17/9536, 17/10257 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

27. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike u.a. CSU
Minderjährigenschutz gewährleisten – minderjährige Mädchen konsequent schützen
Drs. 17/9577, 17/10266 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

28. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Rechtsabbiegerpfeil für Radfahrer
Drs. 17/9627, 17/10307 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum − Medizinstudium für angehende Landärzte
Drs. 17/9650, 17/10258 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

30. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Studie zur Bewilligungspraxis in der pflegerischen Versorgung
Drs. 17/9657, 17/10259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ambulant betreute Wohnformen für Menschen mit Demenz: Kostenübernahme bei Sozialhilfebedarf muss klar sein
Drs. 17/9672, 17/10260 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Altersdiskriminierung im Straßenverkehrsrecht
Drs. 17/9720, 17/10308 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterricht für Flüchtlinge schnell realisieren − Schulen brauchen die versprochenen Lehrkräfte sofort
Drs. 17/9721, 17/10201 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)
Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) − Unverhältnismäßige Belastungen der Landwirte verhindern
Drs. 17/9722, 17/10322 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Aufweichung des Mindestlohns!
Drs. 17/9723, 17/10268 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter, Karl Freller u.a. CSU
Elektromobilität in Bayern voranbringen − Bayerische Initiative soll neue Schubkraft bringen
Drs. 17/9810, 17/10309 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

37. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Serviceagentur „Ganztägig lernen" Bayern dauerhaft sicherstellen
Drs. 17/5098, 17/10200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus
der den Antrag für erledigt erklärt hat.